

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/036(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,  11.10.2012	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2012

---

Über die Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2012 wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**Herr Kottke**, FB 62, bringt die Drucksache ein. Es handelt sich um eine Neufassung der Satzung, da die bisherige Satzung bereits schon aus dem Jahr 1992 ist. Er erläutert die Neuregelungen.

**Herr Meister** fragt nach, wie sich die Änderung der verschiedenen Höchstbreiten entsprechend § 2 Abs. 3 auswirken.

**Herr Kottke** erläutert, dass diese Regelung nur in Zweifelsfällen gilt. Es handelt sich hier um eine rein mathematische Angelegenheit, es ändert sich die Umlage.

**Herr Hoffmann** fragt nach, wo es in Magdeburg noch solche Fälle mit höheren Geschossen gibt.

**Herr Kottke** legt dar, dass die Verschiebung nicht durch die Neufassung der Satzung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**Frau Gensch**, BOB, führt aus, die Neufassung der Satzung verschiedene redaktionelle Änderungen beinhaltet, welche keine inhaltlichen Auswirkungen haben. Sie erläutert die maßgebenden inhaltlichen Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

- Haushaltssatzung 2013
- Ergebnis- und Finanzplan 2013
- mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2013 - 2016
- Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2013
- Stellenplan 2013

**Herr Erxleben**, FB 02, gibt Erläuterungen zum Haushaltsplan 2013 – Teilhaus Dezernat I. Die Erläuterungen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**Frau Szydzick** führt aus, dass die Otto-Kampagne im Jahr 2013 wegfällt, sie soll in einem kleineren Rahmen stattfinden. Wo schlägt sich das nieder.

**Herr Erxleben** informiert, dass sich dies im Dezernat III wieder findet.

**Herr Rohrßen** äußert, dass der Stadtrat beschlossen hat, keinen unausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Trotzdem legt die Verwaltung nun einen unausgeglichenen Haushalt vor. Er fragt nach, was bezüglich des Beschlusses des Landesverfassungsgerichtes zur Stadt Dessau-Roßlau geschieht.

**Herr Erxleben** stimmt Herrn Rohrßen zu bezüglich des Stadtratsbeschlusses. Beim jetzt vorliegenden Haushaltsplanentwurf muss sich jetzt Gedanken gemacht werden, wo Kürzungen vorgenommen werden.

**Herr Marske** informiert, dass die Entscheidung zu Dessau-Roßlau überhaupt noch nicht veröffentlicht wurde, daher kann sich die Verwaltung hierzu noch nicht äußern. Wenn das Urteil vorliegt, wird es den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt.

**Herr Hoffmann** führt ebenfalls aus, dass die Verwaltung keinen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat. Die Stadt hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Er spricht das Problem der Grunderwerbssteuer an. Die Personalkosten sollen steigen, hier müssen noch mehr Anstrengungen zwecks Einsparungsmaßnahmen unternommen werden, z.B. Verkauf des Klinikums Olvenstedt.

**Frau Szydzick** ist ebenfalls der Auffassung, dass der Haushalt ausgeglichen vorgelegt werden muss.

**Herr Erxleben** legt dar, dass bei den Personalkosten bereits ein Niveau erreicht ist, wo es nicht mehr weiter runtergeht. Beim Personalaufwand ist schon ein Risiko von 3 Mill. EUR einkalkuliert. Dies wird beispielsweise nur durch eine Wiederbesetzungssperre, durch Nichtbesetzung oder durch einen niedrigen Krankenstand erreicht. Bei den höheren Sozialaufwendungen handelt es sich um Pflichtaufgaben, hier sind gesetzlich gar keine Kürzungen möglich.

**Herr Meister** führt aus, dass bei vorzunehmenden Kürzungen den Stadträten Vorschläge von der Verwaltung vorgelegt werden müssen, um dies genau beurteilen zu können. Es sind hier politische Abwägungen zu treffen. Er kritisiert anhand der Darstellung in Anlage 10, Seite 114, Nr. 6, dass sehr große Teile der Haushaltspositionen nur als „sonstiges“ dargestellt ist. Im Beispiel macht die Position sonstiges annähernd 50 % der Einnahmeseite der Position aus. Er fragt bei der Verwaltung nach, ob es Probleme bezüglich des Dezernates I gibt, die an die Stadträte herangetragen werden müssten.

**Herr Dr. Emcke**, FB 32, unterstützt die Ausführungen von Herrn Erxleben zur Personalproblematik. Hier ist das Limit erreicht.

**Herr Fassl** fragt nach, was das Gefährhundegesetz gebracht hat.

**Herr Dr. Emcke** führt aus, dass der Stadt ca. 135 TEUR an Kosten entstehen. Die Stadt erhält lt. Finanzausgleichsgesetz eine Zuweisung von 7 TEUR. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, die erfüllt werden muss.

**Herr Müller** fragt nach, inwiefern dem „Aufstellungsbeschluss“ des Landes Sachsen-Anhalt zum Rettungsdienst Rechnung getragen wird und ob die Ausstattung des Rettungsdienstes den erforderlichen Kennzahlen des Landes genügt. Er bittet in diesem Zusammenhang um die Übersendung des Beschlusses. Weiterhin fragt er an, ob die Kooperation der Stadt Magdeburg mit dem Städtischen Klinikum über die Besetzung der Intensivtransportwagen weiterhin besteht oder ob auch andere Kliniken hier evtl. Ärzte stellen.

**Herr Klemm**, Dez. I, informiert, dass hier bereits Mittel in Höhe von 100 TEUR im Haushalt 2013 eingestellt sind.

**Herr Dr. Emcke** gibt die Anfrage von Herrn Müller an das Amt für Brand- und Katastrophenschutz zwecks Stellungnahme weiter.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
4 Enthaltungen

7. Beteiligung am KECK-Projekt A0028/12

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

7.1. Beteiligung am KECK-Projekt S0103/12

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2. Ergänzung zur Stellungnahme S 0103/12 I0225/12

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ergänzung zur Stellungnahme S0103/12 zur Kenntnis.

8. Hunderauslaufwiese für den Stadtteil Ottersleben A0055/12

**Herr Krausnick** bringt den Antrag ein und legt dar, dass er mit dem Ergebnis der Verwaltung zufrieden ist.

**Frau Ohst**, EB SFM, informiert, dass nunmehr das Einverständnis der zuständigen Ämter vorliegt. Zum Änderungsantrag sieht sie ein Problem, da die Stadt keinen Einfluss auf Bebauungspläne hat. Es gibt wenige öffentliche Grünflächen in den notwendigen Gebieten. Sie bittet darum, die Anträge gesondert zu behandeln.

**Herr Fassl** macht Ausführungen zum Änderungsantrag. Der Änderungsantrag richtet sich nicht an den EB SFM, sondern an das Baudezernat.

**Herr Hoffmann** legt dar, dass es sich bei den Hunderauslaufwiesen um eine freiwillige Aufgabe handelt, welche Geld kostet, was die Stadt nicht hat. Er lehnt den Änderungsantrag ab, da kein Bedarf vorhanden ist.

**Frau Szydzick** fragt nach, nach welchen Kriterien die Hunderauslaufwiesen ausgewählt werden.

**Herr Müller** äußert, dass sich der Änderungsantrag in der Stellungnahme nicht wieder-

findet. Die Stellungnahme bedarf einer Überarbeitung unter Einbeziehung des Baudezernates.

**Frau Ohst** informiert, dass ihr der Änderungsantrag zum Zeitpunkt der Erstellung der Stellungnahme nicht bekannt war. Der EB SFM wird bei der B-Planung nicht beteiligt, daher ist auch keine Einflussnahme möglich. Der Eigenbetrieb hat insbesondere in den Gebieten Ottersleben und Alt Olvenstedt enorme Probleme mit den Hundehaltern.

**Herr Meister** schlägt vor, den Antrag bis zur Überarbeitung der Stellungnahme zu vertagen.

**Herr Fassl** legt dar, dass es die ersten Hundeauslaufwiesen seit 2002/2003 gibt. Die Verwaltung müsste einen Kompromiss mit dem Baudezernat finden.

**Frau Szydzick** äußert, dass sie wirklich ein Tierfreund ist, aber in dieser Sache fehlt ihr das Verständnis. In anderen Ländern gibt es auch keine Auslaufwiesen. Es geht zu weit, schon Bebauungspläne mit Auslaufwiesen zu bestücken. Hier muss an mehr Verständnis appelliert werden. Allein durch Regelungen ist das Problem nicht zu lösen.

**Herr Meister** stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung des Antrages bis zur Überarbeitung und Ergänzung der Stellungnahme um den Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Somit wird der Antrag bis zur Überarbeitung der Stellungnahme vertagt.

---

8.1. Hundeauslaufwiesen für den Stadtteil Ottersleben A0055/12/1

Vertagung!

---

8.2. Hundeauslaufwiese für den Stadtteil Ottersleben S0172/12

Vertagung!

---

9. Magdeburger Tierschutztag A0098/12

**Herr Meister** bringt den Antrag ein.

**Herr Dr. Lüthke**, Amt 53, führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus.

**Herr Meister** spricht sich für die Vertagung des Antrages aus, bis der Tierschutzbeirat sich damit beschäftigt hat.

**Herr Hoffmann** spricht sich gegen die Einführung des Magdeburger Tierschutztages aus, da er auch hier ein finanzielles Problem sieht.

**Herr Meister** stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

9.1. Magdeburger Tierschutztag

S0239/12

---

Vertagung!

10. Verschiedenes

---

### Amtsblattveröffentlichung im Internet

**Herr Markse** informiert die Ausschussmitglieder, dass er an einer Veranstaltung zur Neufassung des Kommunalgesetzes teilgenommen hat. Dort hat er die Problematik der Amtsblattveröffentlichung im Internet angesprochen. Es gibt Planungen seitens des Gesetzgebers die verbindliche Veröffentlichung von Amtsblättern im Internet zu ermöglichen.

### Sitzungstermine 2013

Die Ausschussmitglieder sind sich über die Sitzungstermine 2013 einig.

**Herr Fassl** hat mit der Stellungnahme zum Antrag A0087/12 – Schutz des Denkmals der Alten Synagoge – ein Problem. Er ist der Auffassung, da es sich hier um Eigentum der Verwaltung handelt, kann hier eine Videoüberwachung erfolgen.

**Herr Hoffmann** ist der Auffassung, dass es sich hier um einen gewidmeten Platz handelt und somit die Polizeibehörde zuständig ist.

Der Ausschuss wird sich auf seiner nächsten Sitzung mit Problematik beschäftigen.

**Frau Szydzick** fragt nach, ob es möglich ist, das Urteil zur Theaterklage zu bekommen.

**Herr Marske** informiert, dass es hierzu in der nächsten Stadtratssitzung eine Drucksache geben wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Meister, Olaf

**Mitglieder des Gremiums**

Rohrßen, Martin

Hoffmann, Michael

Szydzick, Claudia

Fassl, Josef

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bahrs, Ronald

Krausnick, Steffen

**Geschäftsführung**

Becker, Britta

Müller, Oliver (Vertretung SR'in Boeck)

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Budde, Andreas

Boeck, Helga

**Sachkundige Einwohner/innen**

Schilling, Oliver